

Jetzt schlägt's 13!



13 Kölner Bürgerhäuser schlagen Alarm. Nein zu Kürzungen im Kölner Stadthaushalt!

Zu den Kürzungsmaßnahmen haben am 12. November die Wohlfahrtsverbände sehr zutreffend bemerkt: folge man der Logik dieser »Sparvorschläge«, dann müsse man beim Zähneputzen sparen, weil die Kosten für den Zahnersatz so hoch sind.

Mit einem Minus von 1,1 Millionen Euro wäre die städtische Basisfinanzierung der Bürgerzentren und Bürgerhäuser Kölns nicht mehr gewährleistet. Die Organisationsform der Zentren ist nicht zuletzt Voraussetzung, weitere Mittel über Stiftungen oder Förderprogramme zu beantragen. Angebote und Aufgaben wie Hausaufgabenhilfen, Kinder- und Jugendtreffs, Sozialberatung, Elternarbeit, kulturelle Veranstaltungen, aber auch Programme für ältere Menschen werden in der Folge nicht mehr aufrecht erhalten und durchgeführt werden können.

Kürzungen an dieser Stelle zerstören gewachsene und bewährte Arbeits- und Projektstrukturen, die für eine solidarische Stadtgemeinschaft unentbehrlich sind. Ihre Hebelwirkungen werden sozialpolitische Ruinen hinterlassen.

Noch am 24. April 2008 hatte der Stadtrat mit großer Mehrheit das »Rahmenkonzept der Kölner Bürgerhäuser und Bürgerzentren« beschlossen (mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD und Grünen, denselben Fraktionen, die heute das Effizienzteam für Kürzungen bilden). In diesem Rahmenkonzept heißt es:

»Die Schere der Einkommensverteilung klafft immer weiter auseinander, so dass niedrigschwellige Angebote für Freizeit und Kultur eine immer größere Bedeutung gerade für die Menschen erhalten, die mit wenig Einkommen auskommen müssen. Der Kulturarbeit der Bürgerhäuser und Bürgerzentren ist damit eine wichtige kultur- und stadtpolitische Aufgabe zugefallen, denn sie schafft Zugangsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsteile und fördert Integration.«

»Bürgerhäuser und Bürgerzentren sind für die Stadt Köln kommunal geförderte Institutionen des vorsorgenden Sozialstaats. Gute und vorsorgende Sozialpolitik wird vor allem in der Kommune und ihren Stadtvierteln mit Leben erfüllt.«

Soll die Stadt Köln darauf verzichten?

Die Grenzen des Erträglichen sind auch deshalb erreicht, weil von den wirklichen Kostenverursachern geschwiegen wird.

1,1 Millionen Euro sollen die Bürgerhäuser einsparen – im Jahr. Das wird sie ruinieren. Zwei Drittel von dieser Summe, nämlich 715 000 Euro, zahlt die Stadt an Zinsen – täglich! An wen?

Im August ist mitgeteilt worden, daß die Einnahmen aus Gewerbesteuern von 1,1 Milliarden auf 890 Millionen Euro gesunken sind. Vor wenigen Wochen fehlten wegen einer Fehlbuchung plötzlich 70 Millionen in der Stadtkasse. Auch müssen zusätzlich 116 Millionen an Gewerbesteuern an Ford zurückgezahlt werden – plus 20 Millionen Euro Zinsen.

Die Städte müssen sich das Geld holen, wo es ist. Riesige Privatvermögen sind in der Krise gewachsen. Für die öffentlichen Haushalte aber gelten Schuldenbremsen. Wir sind nicht mehr bereit, diese Lücken zu füllen!

Nichts verbessert sich durch die Suche nach immer neuen Kürzungsmöglichkeiten. Es geht um eine Politik, die den Schwachen hilft und die Starken fordert. Es geht um eine Politik der Solidarität und Verantwortung.

**Protestiert mit uns am 18. Dezember, ab 13.00 Uhr, vor dem Rathaus.
Bunt, damit der Stadtrat uns sieht, und laut, damit er uns hört.**

Freunde, Nutzer sowie Beschäftigte der Kölner Bürgerzentren und Bürgerhäuser